Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 44

Artikel: Die Geschichte einer Krise

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076814

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Geschichte einer Krise

USA und Kuba

Die beiden Staaten haben seit anderthalb Jahrhunderten enge Beziehungen. Schon 1822 sandten kubanische Patrioten einen Unterhändler nach den Vereinigten Staaten, der abklären sollte, ob Kuba der nordamerikanischen Union beitreten könne, wenn es sich selber befreie. Die USA waren jedoch gegen eine Annexion Kubas und wollten bloss verhindern, dass Grossbritannien, Frankreich oder eine andere nichtamerikanische Macht Kuba unterwerfen konnte.

Amerika hatte die europäische Vormundschaft abgeworfen und war sich seiner eigenen Werte bewusst geworden. Am 2. Dezember 1823 richtete der damalige Präsident Monroe eine Botschaft an den Kongress im Zusammenhang mit Verhandlungen zwischen Russland und den USA über die Rechte und Pflichten beider Nationen an der nordwestlichen Küste Amerikas. Alaska war damals russischer Besitz. In dieser Botschaft erklärte der Präsident namentlich: «Mit den Verhandlungen, zu denen dieses Interesse (an guten Beziehungen zu Russland) führte und mit den Abmachungen, durch die sie beendet werden mögen, ist die Gelegenheit gegeben, den Grundsatz der Rechte und Interessen der Vereinigten Staaten festzustellen, wonach die amerikanischen Kontinente, in der Freiheit und Unabhängigkeit, die sie erworben haben und bewahren werden, von nun an nicht mehr als Objekte zukünftiger Kolonisierung durch irgendeine europäische Macht betrachtet werden können.»

Diese Botschaft ging in die Geschichte als «Monroe-Doktrin» ein. Deshalb begünstigten die Vereinigten Staaten die Befreiung Kubas von der spanischen Herrschaft. Am 19. April 1898 brach der spanisch-amerikanische Krieg wegen Kuba aus. Am 22. Juli des gleichen Jahres wurden bereits die Friedensverhandlungen aufgenommen. Kubanische Patrioten und spanische Unterhändler schlugen vor, dass Kuba in die Union aufgenommen werde. Nochmals wiesen die Vereinigten Staaten dieses Gesuch ab. Am 21. Februar 1901 gab Kuba sich eine Verfassung.

Der erste Präsident Kubas, Tomas Estrada Palma, und der amerikanische Präsident Theodore Roosevelt unterzeichneten am 16. Februar 1903 einen Vertrag, wonach die USA bei Guantanamo eine Flottenbasis errichten durften.

Nach einer Hochkonjunktur im Gefolge des Ersten Weltkrieges, als die Zuckerpreise in die Höhe geklettert waren, wurde auch Kuba von der Krise erfasst. Präsident F. D. Roosevelt erliess 1934 die «Zucker-Akte», um eine Wirtschaftshilfe zu leisten. Seit jener Zeit erhielt Kuba pro Pfund Zucker von den USA 10 bis 15 Rappen mehr als auf dem Weltmarkt.

Während beider Weltkriege befand sich Kuba an der Seite der Vereinigten Staaten und sicherte nicht nur die Zucker-Versorgung, sondern erhöhte auch die Zinnproduktion (je 15 Prozent der Weltproduktion).

Durch den Vertrag von 1903 wurde den USA ein Interventionsrecht in Kuba eingeräumt, von dem auf kubanischen Wunsch hin 1906, 1912 und 1917 Gebrauch gemacht werden musste. In einem neuen Vertrag von 1934 wurden die Vereinigten Staaten von dieser Interventionspflicht (Platt-Amendment) entbunden. In Uebereinstimmung mit der amerikanischen Auffassung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg eine Wirtschaftshilfe ohne Einmischung in die kubanische Innenpolitik gewährt. Bis 1960 hatte beispielsweise die Export-Import-Bank in Washington Kredite von 135 145 Millionen Dollar gewährt.

In Kuba hatte seit 1952 das Regime Batista eine Diktatur errichtet, die den Fortschritt nur der kleinen, herrschenden Clique zuleitete. Besonders stossend waren die Verhältnisse in der Landwirtschaft, wo die Hälfte der Bevölkerung tätig war, aber nur 10 Prozent des Volkseinkommens erhielt. Eine Agrarreform drängte sich auf, wurde jedoch vom Regime Batista verhindert.

Verrat an der Revolution

Die Geschichte des Kommunismus auf Kuba

Die kubanische Revolution, die vor vier Jahren zur Befreiung der Insel von einer Diktatur führte, hat sich zu einer neuen Diktatur gewandelt. Die Revolution wurde an den Kommunismus und sein System zur Weltbeherrschung verraten.

Die Geschichte des heutigen Regimes auf Kuba ist kurz, zeigt aber doch in aufschlussreicher Art einen markanten Verlauf mit typischen Merkmalen eines werdenden kommunistischen Staates.

Zunächst die Ausgangslage: Die Rupublik Kuba (1898 aus spanischer Kolonie entstanden) hatte in der vorrevolutionären Zeit die typischen Merkmale eines unterentwickelten Landes lateinamerikanischer Prägung. Tiefer Lebens- und Bildungsstandard der breiten Bevölkerungsmasse, krasse soziale Unterschiede (Grossgrundbesitz neben Besitzlosigkeit), eine namentlich auf den nordamerikanischen Markt ausgerichtete Produktion (wichtige Gesellschaften und Banken befanden sich auch in amerikanischen Händen).

Dazu kam noch die einseitige wirtschaftliche Grundlage der Zuckerproduktion, was unter anderem eine grosse saisonale Arbeitslosigkeit (600 000 jährlich) zur Folge hatte. 1952 übernahm General Fulgenico Batista bei manipulierten Wahlen die Macht und errichtete seine persönliche Diktatur.

Die Opposition, die sich aus demokratischen Kräften, aus geschulten Revolutionären, aus kirchlichen Kreisen und ganz einfach aus Hungrigen zusammensetzte, fand in verschiedenen Organisationen Ausdruck, vor allem aber in der «Bewegung vom 26. Juli», die Fidel Castro leitete. Ab 1956 war er eindeutiger Führer eines Widerstandskampfes, der die Form eines erbitterten Guerillakrieges annahm. Die Revolution, die sich Sympathien auf der ganzen Welt erwarb, siegte. Am 1. Januar 1959 musste Batista abdanken und floh. Die neue Regierung, übrigens sogleich von den amerikanischen Staaten anerkannt, wurde von Castro als Ministerpräsident geführt, während zum Staatspräsidenten Manuel Urrutia ernannt wurde. Das Parlament wurde aufgelöst (seither nicht wieder gewählt) und die legislative Tätigkeit der Regierung übergeben. Eine provisorische Verfassung wurde im Februar angenommen.

Die junge revolutionäre Macht verkündete in den ersten Wochen ihre Ziele: Wiedereinsetzung der verfassungsmässigen Rechte und Freiheiten, Recht auf Opposition, Zusammenarbeit mit den Nationen der Hemisphäre, keine Bindung an einen Block, keine Unterordnung unter eine Ideologie.

Doch bald begann der Verrat an der Revolution. Unter Castros Führung erfolgte:

- **Die Eliminierung der demokratischen Vertreter von allen einflussreichen Stellen, die systematische Ausschaltung der oppositionellen Zeitungen, Sender und anderer Meinungsträger, die Exilierung, Einkerkerung oder Erschiessung nicht genehmer Personen (keineswegs nur Batista-Anhänger), die Gleichschaltung der Parteien unter kommunistischem Vorzeichen, die Uebernahme der Gewerkschaften durch den Staat.**
- **Bodenreform (Notwendigkeit), Nationalisierung der Grossunternehmen und der ausländischen Investitionen, Einführung der Planwirtschaft, Kollektivierung, Ausrichtung des Handels auf den Ostblock, Annahme seiner Wirtschafts- und Militärhilfe.**
- **Starke Ausweitung des Schul- und Bildungswesens mit Konzentration auf kommunistische Ideologie und Politik, Verstaatlichung der gesamten Erziehung, Bekenntnis zum Marxismus als Grundlage des Systems.**

Der Verrat an den Demokraten

Wie die demokratischen Vertreter der Revolution gewaltsam von Amt und Einfluss entfernt wurden, geht schon aus der kommunistischen Darstellung dieser Auftaktphase zur kommunistischen Machtergreifung hervor. So führte dieses Jahr die wissenschaftliche sowjetische Zeitschrift «Iswestija Wisschich Utschebnich Sawedenij» dazu aus: «In der provisorischen Regierung gehört die Mehrheit der Minister zum rechten Flügel der Revolution; sie wollten der Armee den Weg zur Einmischung in die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen der Politik versperren. Da aber die Armee die Vertreterin der weiteren Entwicklung der Revolution war, wollten diese Minister die vollständige Durchführung der Revolution verunmöglichen. Die volkssozialistische Partei wies auf diese Gefahren hin und forderte eine Aenderung in der Regierungszusammensetzung, damit diese revolutionärer werde. So gab es in Kuba während einer gewissen Zeit eine ‚Doppelherrschaft' von Armee und provisorischer Regierung. Nachdem Fidel Castro am 17. Februar 1959 den Posten eines Ministerpräsidenten übernommen hatte, begannen die Vertreter des rechten Revolutionsflügels die Regierung zu verlassen. Die letzten schieden im Juli aus (Staatspräsident Urrutia). An ihre Stelle kamen die revolutionären Funktionäre Kubas ...»

Die Säuberung ging nach Schaffung dieser Machtposition weiter. Sie griff nun auf jegliche Opposion über. Die führenden Zeitungen wurden eine nach der andern zum Schliessen gezwungen.

Ueberaus deutlich zeigte sich die personelle Säuberung in den Gewerkschaften.

Für den auf September 1959 angesetzten Gewerkschaftskongress des kubanischen Arbeiterverbandes (CTC) wurden in allen Gewerkschaften Wahlen durchgeführt, die eine klare Niederlage der Kommunisten gegenüber den Vertretern der «Bewegung vom 26. Juli» ergaben. Nun wurde der Kongress auf November verschoben, ein neuer Arbeitsminister ernannt, und führende nichtkommunistische Gewerkschaftsmitglieder unter der Beschuldigung «konterrevolutionärer Tätigkeit» ihrer Posten enthoben. An der Tagung konnte dann ein Säuberungsbeschluss durchgesetzt werden, dem bis zum April des folgenden Jahres 20 Revolutionäre zum Opfer fielen.

Im gleichen Stil ging die Ausmerzung der Parteien vor sich. Von allen Bewegungen (ausser der «Sozialistischen Volkspartei», die der KP zugehörte) wurde eine «frühere Unterstützung der Tyrannei» behauptet und als Anlass zur Auflösung genommen.

Der Verrat am Bauern und Arbeiter

In seiner wirtschaftlichen Entwicklung ging Kuba den Weg eines kommunistischen Aufbaus, der demokratische Phasen zu Beginn kennt. Schon zur Zeit des Partisanenkampfes war die Aufteilung des Bodens unter die Bauern verkündet worden. Im Mai 1959 wurde sie durch ein Gesetz über die Bodenreform in Gang gesetzt. Aber schon zur gleichen Zeit wurden die Kolchosen gegründet und das frisch zugeteilte Privateigentum den Bauern auf diese Weise wieder entzogen. Die Kollektivierung ging freilich vor allem auf dem beschlagnahmten Boden der früheren Herrenschicht oder den enteigneten amerikanischen Gesellschaften (Zuckerfarmen) am raschesten vor sich, während die Bauern vor allem durch propagandistischen Druck zum Eintritt in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften bewegt werden. Gegenwärtig gibt es drei Formen von landwirtschaftlichen Betrieben: staatliche, genossenschaftliche und individuelle, wobei die beiden ersten Formen als «sozialistischer Sektor» heute die grössere Hälfte des Kulturbodens umfassen. Der private Bauernstand, der durch die Bodenreform seinen Aufschwung erhoffte, wird jetzt systematisch und «freiwillig» abgeschafft.

Die Verstaatlichung der Industrie nahm ihren Weg über die Nationalisierung amerikanischer Betriebe und Banken und aller wichtigen Produktionszentren aus früherem kubanischen Staatsbesitz. Die Arbeitsbedingungen wurden in Normen festgelegt: Leistungslohn, Arbeitsdisziplin, Streikverbot sind die Aspekte für die Arbeiter. Gesuche um Lohnerhöhungen sind als «konterrevolutionär» abgelehnt worden. Dem prinzipiellen Recht auf Arbeit steht der Zwang zur Arbeit nach den planwirtschaftlichen Normen gegenüber. Die Arbeitslosigkeit ist erheblich (zwei Drittel) zurückgegangen, besteht aber noch. Der zentrale Planungsrat für die Planwirtschaft besteht seit Februar 1961, er erlässt auch verbindliche Normen für den Restbestand am «Privatsektor», der weniger als ein Fünftel der Arbeiter umfasst.

Der Verrat an Volk und Jugend

Seit letztem Jahr sind in Kuba alle Schulen verstaatlicht, was vor allem auf Kosten der konfessionellen Institutionen ging. Im übrigen hat Castro ein gewaltiges Bildungsprogramm durchgeführt, das mit einem ebenso umfassenden Indoktrinierungsprogramm kommunistischer Art verkoppelt wurde. 1961 wurde die grosse Kampagne gegen das Analphabetentum (das vor der Revolution einen grossen Anteil der Bevölkerung — angegeben werden 25 bis 40 Prozent — umfasste) mit Erfolg zu Ende geführt. Technische Hochschulen (nach unsern Begriffen Fachmittelschulen) wurden im ganzen Lande errichtet, übrigens vorzugsweise in den ehemaligen Kasernen Batistas. Vorzugsbehandlung aber erhielten «Schulen der revolutionären Ausbildung» zur Heranbildung ideologischer und politischer Kader (etwa 20 lokale Schulen nebst einem zentralen Institut in Havanna. In sämtlichen Schulen des Landes ist aber der Unterricht auf die Forderungen des Regimes abgestimmt worden. Nicht genehme Studenten oder Lehrkräfte sind wegen «konterrevolutionärer Aktivität» von der weiteren Bildung oder Bildungsarbeit ausgeschlossen worden. Für die Heranziehung des technischen Kaders dienen in erster Linie Instruktoren aus der Sowjetunion, China und dem übrigen Ostblock.

Die grosse Lüge

Seit längerer Zeit konnte an der Zugehörigkeit Kubas zum Ostblock kein Zweifel mehr gehegt werden. Das ergab sich nicht nur aus der Strukturwandlung Kubas, sondern auch aus den Erklärungen kubanischer Führer sowie aus Beurteilungen durch westliche und östliche Kreise.

In einer öffentlichen Erklärung hatte Fidel Castro am 2. Dezember 1961 festgestellt: «Ich bin Marxist-Leninist und werde es bis zum letzten Tag meines Lebens bleiben.» Er fügte bei, dass er zuvor seine Parteizugehörigkeit verschweigen musste, um die benötigte Unterstützung vom Volk zu erhalten.

An der Konferenz von Punta del Este hat die Konsultativkommission der OAS Kuba ohne Gegenstimme ausgeschlossen und in Resolution VI, Punkt 2, festgestellt, «dass die jetzige Regierung von Kuba, die sich offiziell als marxistisch-leninistische Regierung bezeichnet, mit den Grundsätzen und Absichten des inter-amerikanischen Systems unvereinbar ist».

Aus der anfänglich langsamen Annäherung Kubas an den Ostblock ergab sich die abwartende Haltung Moskaus gegenüber dem «unverhofften Satelliten».

Als die Sowjetunion noch keine Möglichkeit zu erkennen vermochte, eigene Raketenstützpunkte ausserhalb der bisherigen Grenzen des Ostblocks zu errichten, schlug Chruschtschew in einer Rede vor den Arbeitern der Maschinenfabrik Dnepropetovsk am 28. Juli 1959 vor: «Es ist besser, die Militärbasen im Ausland aufzugeben und die Truppen in das eigene Land zurückzuziehen. Dann wird es keine Berührungspunkte zwischen unsern Streitkräften geben und auch keine Reibung, die jenen Funken erzeugt, welcher ein Feuer entfacht.»

Das änderte sich jedoch, als 1959 und vor allem 1960 Fidel Castro die Ziele seiner Revolution verriet. Am 9. Januar 1959 hatte er allgemeine Wahlen «so bald als möglich» versprochen. Einige Wochen später, am 27. Februar, verschob er diese Wahlen auf unbestimmte Zeit, wollte sie jedoch «innerhalb zweier Jahre» abhalten. Danach hat er sie vollständig vergessen. Langsam nahm der Ostblock die Möglichkeiten wahr, verstärkte den Handel und sandte Experten. Darunter befanden sich militärische Fachleute.

Die Nachrichten über den militärischen Ausbau Kubas wurden immer zahlreicher, und die Besorgnis über diese Entwicklung mehrte sich. Wiederholt nahm Chruschtschew zu solchen Hinweisen Stellung, so in einer Rede auf der kubanischen Botschaft in Moskau am 2. Januar 1961: «Alarmierende Nachrichten aus Kuba besagen, dass die aggressiven Monopolisten der USA einen direkten Angriff auf Kuba vorbereiten. Zur gleichen Zeit versuchen sie zu behaupten, dass sowjetische Raketenbasen, die gegen die USA gerichtet seien, entweder errichtet werden oder schon errichtet worden sind. Es ist aber wohlbekannt, dass dies eine faule Lüge ist. Jedermann weiss, dass es keine Militärbasen der Sowjetunion in Kuba gibt, wie überhaupt keine solchen Basen in andern Ländern existieren.»

Am 29. August 1962 erklärte Präsident Kennedy in seiner Pressekonferenz, dass die Vereinigten Staaten den Einfluss ausländischer Mächte in Amerika bekämpfen werde. Eine amerikanische Aktion — dies war die Haltung der USA bis Mitte Oktober — sei solange nicht nötig, als die sowjetische Militärhilfe an Kuba bloss defensiven Charakter aufweise.

In der «Neuen Zeit», der sowjetischen Wochenzeitschrift für Weltpolitik vom 12. September, wurde ein Artikel unter dem Titel «Wut in Washington — Gelassenheit in Havanna» veröffentlicht. Darin steht unter anderem:

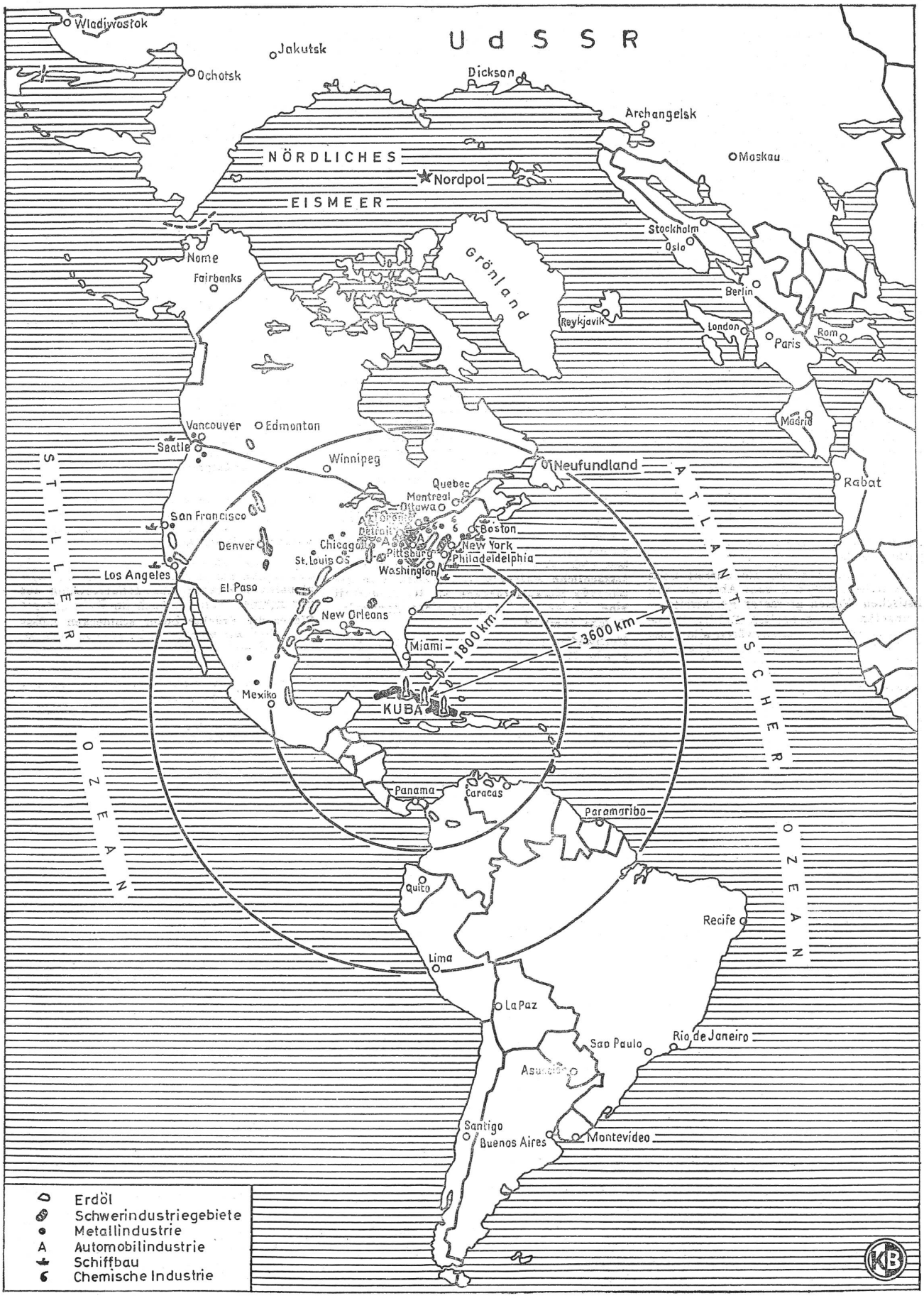
«Um den Krakeel gegen Kuba zu rechtfertigen, hat man die Lüge verbreitet, auf Kuba würden sowjetische Truppen gelandet und Raketenstützpunkte eingerichtet... Die Behauptung, Kuba stelle eine militärische Gefahr für die USA dar, ist auf Vollidioten zugeschnitten.»

An seiner Pressekonferenz vom 13. September wiederholte Präsident Kennedy seine Warnung: «Wenn Kuba in der Lage sein sollte, Offensivaktionen gegen die Vereinigten Staaten vorzunehmen, so werden die Vereinigten Staaten handeln.»

Aber auch die im Hinblick auf den 45. Jahrestag der Oktoberrevolution (7. November) schon am 14. Oktober in der «Prawda» veröffentlichten 103 Losungen enthalten einige interessante Lippenbekenntnisse:

- **Völker aller Länder! Kämpft entschlossen für die allgemeine und vollständige Abrüstung! (13)**
- **Völker aller Länder! Seid wachsam, entlarvt die imperialistischen Kriegshetzer! Helft aktiv für die Sicherung des starken und unerschütterlichen Friedens! (22)**
- **Es lebe die friedliebende Aussenpolitik der Sowjetunion! (44)**
- **Es lebe der Kommunismus, welcher auf Erden Frieden, Arbeit, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und Glück für alle Völker festigt. (103)**

In diesen etwas vorzeitig veröffentlichten Losungen fehlte auch Kuba nicht. Die 27. These hat folgenden Wortlaut: «Brüderlicher Gruss dem heldenhaften Volk Kubas, welches den Weg des Aufbaus des Sozialismus beschreitet und Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes vor den aggressiven Eingriffen der amerikanischen Imperialisten selbstlos verteidigt!»


Wladiwostok
Jakutsk
U d S S R
Ochotsk
Dickson
Archangelsk
Moskau
NÖRDLICHES
Nordpol
EISMEER
Stockholm
Oslo
Nome
Fairbanks
Grönland
Berlin
Reykjavik
London
Paris
Rom
Madrid
Vancouver
Edmonton
Seatle
Winnipeg
Neufundland
Rabat
Quebec
Montreal
Ottawa
San Francisco
Boston
Denver
Chicago
New York
St. Louis
Pittsburg
Philadelphia
Washington
Los Angeles
El Paso
New Orleans
1800 km
3600 km
Miami
Mexiko
KUBA
Panama
Caracas
Paramaribo
Quito
Recife
Lima
La Paz
Sao Paulo
Rio de Janeiro
Asuncion
Santigo
Buenos Aires
Montevideo
STILLER OZEAN
ATLANTISCHER OZEAN
Erdöl
Schwerindustriegebiete
Metallindustrie
Automobilindustrie
Schiffbau
Chemische Industrie